

Die Politik der neuen Ukraine.

Von
Professor Dr. Ludwig Stein.

Der neunundzwanzigjährige Gesandte der Kiewer Regierung, Alexander Sjewrjuk, der bisher als Vorsitzender der ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk funktioniert hat und früher bereits Mitglied der gesamtrossischen Konstituante in Petersburg war, traf am Donnerstag in Begleitung des Ministerialbeamten der ukrainischen Volksrepublik Kosarenko und des Uebersetzers Frid in Berlin ein. In einer Besprechung, die er mit mir, anknüpfend an die in der Morgen-Ausgabe vom 26. Februar wiedergegebene Unterredung hatte, erklärte der Gesandte über die Ratifizierung des Friedensvertrags:

Im Paragraphen 2 des Friedensvertrages und im Protokoll vom 4. März ist alles Grundsätzliche bereits festgelegt. Die Ratifikationsurkunden sollen demnächst ausgetauscht werden. Zur Durchführung der Friedensbedingungen wird demnächst eine besondere Kommission zusammentreten.

Am 17. März, 12 Uhr nachts, ist von der Zentralrada in dritter Lesung der Friedensvertrag mit den verbündeten Mächten endgültig ratifiziert worden. Ich war noch bei der zweiten Lesung zugegen, und bin 5 Stunden vor Schluß der dritten Lesung abgereist. Bis auf die Polen, die den Saal verlassen hatten, und die russischen Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten (Menschewiki), die sich der Abstimmung enthielten, ist die Ratifikation in der zweiten Lesung einstimmig erfolgt. In Brest-Litowsk erreichte mich ein Telegramm, nach welchem auch die dritte Lesung den Vertrag und den Text der Ratifikationsurkunde endgültig angenommen hat. Da unser Volk den Frieden begehrt, so besteht zwischen Regierung, Parlament und Volk volle Uebereinstimmung und alle empfinden eine große Genugtuung über die endgültige Finalisierung des Friedensvertrages.

Was die politische Orientierung der neuen Ukraine in der Richtung der Zentralmächte betrifft, so nahm der Gesandte Sjewrjuk Veranlassung, mich auf einen Hörfehler aufmerksam zu machen, der vielleicht dadurch entstanden sein mag, daß wir zuletzt durch einen Dolmetsch verkehrten. Ich hatte den Satz niedergeschrieben: „Unter keinen Umständen werden wir mit den Bolschewiki in ein engeres politisches Verhältnis treten, nicht einmal in das eines Föderativstaates. Nur wenn die gemäßigte Richtung eines Tschernow obsiegt, käme der Gedanke einer Föderation noch in Betracht. Ebenjowenig würden wir jemals mit Nordrußland gehen, wenn es wieder dem Zarismus anheimfallen sollte.“ Bei der politischen Tragweite der Auffassung, als ob die Ukraine den Gedanken einer Föderation mit Nordrußland in Betracht zöge, wenn die gemäßigte Richtung eines Tschernow obsiegen würde, legte Herr Sjewrjuk Wert auf die Feststellung, daß er diese Eventualität nicht bejaht, sondern verneint habe. „Von keiner Seite der ukrainischen Regierungskreise wird eine Orientierung nach Nordrußland auch nur in Betracht gezogen.“

Angeichts der augenblicklichen Verhandlungen in Bukarest drängte sich das bessarabische Problem auf. Hierüber entwideltete Sjewrjuk folgende Gedanken:

Am 14. März wurde eine Interpellation über Besarabien seitens der ukrainischen Sozialrevolutionäre, die bekanntlich über die überwiegende Majorität unseres Parlamentes verfügt, eingebracht. Die Dringlichkeit dieser Interpellation ist auch von der polnischen und russischen Partei unterstützt worden. Es ist ja bekannt, daß der Präsident Holubowik am 3. März eine Note an die Zentralmächte überreicht hat, in welcher er die Zusammenhänge politischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Natur zwischen der Ukraine und Besarabien dargelegt hat. Die ukrainische Regierung hält demgemäß die Lösung der bessarabischen Frage seitens der Unterhändler in Bukarest ohne Mitwirkung der Ukraine für undenkbar. Die Bauern und die Juden in Besarabien haben in den Bezirksversammlungen von Chotin, Adernmann und anderen Orten einstimmige Beschlüsse gefaßt, in welchen sie gegen eine Angliederung an Rumänien lebhaften Protest einlegen, gleichzeitig aber den Anschluß an den ukrainischen Staat fordern.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht die Frage, wie sich der Austausch von Gütern mit der Ukraine vollziehen wird. „Als ich noch in Kiew war,“ so führte Gesandter Sjewrjuk aus, „traf bereits die österreichische Kommission dort ein. In Brest-Litowsk erreichte mich die telegraphische Nachricht, daß auch die deutsche Kommission sich bereits auf dem Wege nach Kiew befindet. Beide Kommissionen werden gemeinschaftlich mit einer ukrainischen Sonderkommission feststellen, wann, auf welchem Wege und in welchem Ausmaße der Austausch von Gütern zu erfolgen hat.“